

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Vizebürgermeisterin
Mag. Bettina Emmerling, MSc

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Harald Zierfuß (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP), Hannes Taborsky (ÖVP) und Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Vizebürgermeisterin Mag. Bettina Emmerling, MSc zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte) für den Gemeinderat am 23.06.2025 - 24.06.2025.

Schulen müssen wieder sichere Orte für Kinder und Jugendliche sein

Der unfassbare Amoklauf an einer Schule in Graz ist eine nationale Tragödie und hat unaussprechliches Leid verursacht. Unschuldiges Leben wurde brutal und gnadenlos ausgelöscht. Es gibt keine Worte für den Schmerz und die Trauer, die ganz Österreich erfasst und Familien und Freunde der Todesopfer erleiden mussten und müssen. Das Vertrauen in die Institution Schule als sicheren Ort der Begegnung, der Geborgenheit und Gemeinschaft ist massiv erschüttert. Die Ursachen von derartiger Gewalt, ausgeführt von Kindern und Jugendlichen, sind komplex und vielschichtig und erlauben keine einfachen Antworten. Gewalt entsteht jedoch selten aus dem Nichts. Sie gedeiht oft in einem Umfeld, das nicht rechtzeitig hinhört oder nicht früh genug eingreift. Kinder und Jugendliche, die ihre Konflikte mit Gewalt ausdrücken, sind selbst oft Opfer von Vernachlässigung,

mangelnder emotionaler Unterstützung oder leiden an nicht-diagnostizierten oder nicht-behandelten psychischen Erkrankungen, sozialer Isolation oder einem eskalierenden und radikalisierten Medien- und Gewaltkonsum.

Auch in der Bundeshauptstadt Wien ist Jugendgewalt und Jugendkriminalität in und außerhalb von Schulen seit vielen Jahren ein beständiges Thema, das das soziale Gefüge unserer Stadt tagtäglich auf die Probe stellt. Laut aktuellen Medienberichten hat sich die Zahl der Anzeigen an Wiens Schulen seit dem Jahr 2015 mehr als verdoppelt. Waren es im Jahr 2015 noch 296 Anzeigen, wurden im Jahr 2024 bereits 632 Anzeigen von der Landespolizeidirektion Wien an Wiens Schulen registriert. Der mit Abstand größte Anteil entfällt auf Körperverletzungen. Selbst die Wiener Stadtregierung schreibt in ihrem Regierungsprogramm auf Seite 150: „Die Zahl der unmündigen straffälligen Kinder steigt in Wien stetig an. Viele davon sind in Wohngemeinschaften und Krisenzentren der MA 11 untergebracht.“ Bei einer Befragung von Wiener Pflichtschullehrerinnen und -lehrern im April 2025 gaben sogar rund 68 Prozent der Lehrkräfte an, selbst bereits Gewalt durch Schüler erfahren zu haben. Auch in der Kriminalitätsstatistik ist Jugendkriminalität durch zahlreiche sogenannte „Intensivtäter“ ein bestimmendes Sorgenkind. Höchst bedenklich ist auch die massiv steigende Anzahl an Bombendrohungen an Wiens Schulen. Brutale Jugendgewalt in und außerhalb von Schulen darf aber nicht länger eine Konstante in der täglichen Medienberichterstattung sein. Wir alle haben eine Verantwortung, diesem Kreislauf mit Weitsicht und Entschlossenheit entgegenzuwirken.

Nachhaltige Gewaltprävention muss deshalb ganzheitlich und damit bereits so früh wie möglich in der Elternbildung beginnen und im Rahmen von sozialen Kompetenztrainings schon im frühen Kindesalter ansetzen. Viele Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen Unterstützung, um Emotionen wie Wut, Ärger und Aggression ohne Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zu bewältigen. Gewaltprävention soll zur Entwicklung von Empathie, Kommunikationsfähigkeit und konstruktiver Konfliktverarbeitung beitragen. Nur so können wir es schaffen, dass Schulen wieder sichere Orte für unsere Kinder und Jugendlichen werden, Orte des Vertrauens und der Geborgenheit, wo Kinder und Jugendliche in einem geschützten Raum wachsen und ihr volles Potential entfalten können. Präventive Maßnahmen müssen deshalb gestärkt, aber auch Lehrkräfte besser geschult und unterstützt sowie das Supportpersonal an Schulen nachhaltig ausgebaut werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, alles dafür zu unternehmen, damit Schulen wieder sichere Orte für unsere Kinder und Jugendlichen werden. Die zuständige amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz

und Märkte wird aufgefordert, dazu ein ganzheitliches Maßnahmenpaket für Wiens Kinder und Jugendliche umzusetzen, das folgende Punkte beinhaltet:

1. Transparente Erhebung und Veröffentlichung von Zahlenmaterial zu Gewaltdelikten an Wiens Schulen: Um faktenbasiert Maßnahmen gezielt setzen zu können, braucht es Transparenz sowie eine genaue Analyse der vorhandenen Daten. Deshalb müssen Anzeigen und Suspendierungen regelmäßig und transparent inklusive der entsprechenden Deliktformen mit Altersübersicht, Herkunft sowie dem sozialen Hintergrund der Täter veröffentlicht werden.

2. Soziale Kompetenztrainings bereits in Kindergärten und Volksschule fix implementieren: Viele Gewaltpräventionsprogramme beginnen erst in der Sekundarstufe I. Eine nachhaltige Gewaltprävention muss aber bereits im frühen Kindesalter zur Entwicklung von Empathie, Selbstwertgefühl, Kommunikationsfähigkeit und konstruktiver Konfliktverarbeitung beitragen und damit bereits fix in Kindergärten und Volksschulen implementiert werden.

3. Verstärkte Investition in eine professionelle Elternbildung: Eine verstärkte Unterstützung in der Erziehung trägt dazu bei, dass Eltern rechtzeitig lernen, Konflikte und herausfordernde Situationen mit Gelassenheit, Verständnis und klaren Regeln zu meistern sowie Emotionen wie Wut und Aggression ohne Gewaltandrohung und -anwendung zu bewältigen. Durch gezielte Unterstützung in der Erziehung gewinnen Eltern mehr Sicherheit im Erziehungsalltag.

4. Gewaltprävention als verpflichtende Aus- und Fortbildungsmaßnahme für Pädagogen: Pädagoginnen und Pädagogen sind die ersten außerhalb der Familie, die Anzeichen von Konflikten, Mobbing oder häuslicher Gewalt frühzeitig erkennen und darauf reagieren können. Darüber hinaus braucht es in allen Lebenslagen eines Schulalltages eine ausgebildete Fachkraft, die mit pädagogischen Maßnahmen auf Gewaltsituationen reagieren sowie entsprechende weiterführende Maßnahmen in die Wege leiten kann.

5. Schwerpunkt Gewaltprävention in Krisenzentren und Einrichtungen der MA 11: Selbst im Regierungsprogramm von SPÖ und Neos steht: „Die Zahl der unmündigen straffälligen Kinder steigt in Wien stetig an. Viele davon sind in Wohngemeinschaften und Krisenzentren der MA 11 untergebracht.“ Gerade Kinder und Jugendliche, die ihren Eltern abgenommen wurden, aber auch unbegleitete minderjährige Fremde (UMF) haben oft Gewalterfahrungen hinter sich. Hier muss ein Schwerpunkt in der Gewaltprävention vor Ort gesetzt werden.

6. Einen Schulsozialarbeiter pro Schulstandort: Für rund 460 Wiener Pflichtschulen gibt es derzeit nur 92 Vollzeit-Schulsozialarbeiter (VZÄ). Ein Großteil der Wiener Pflichtschulen hat damit noch immer keine Unterstützung bei der Schulsozialarbeit. Zwar wurden 17 sogenannte „Multiprofessionelle Teams“ an den

Schulen angekündigt. Eine entsprechende Anfrage an die Stadtregierung, in welchem Ausmaß diese an Schulen kommen, blieb jedoch unbeantwortet.

7. Sicherheitskonzept für Zutrittsmanagement und Ernstfall an Wiens Schulen:

In enger Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten, Grätzpolizisten sowie den Bezirken muss jede Schule bezüglich eines optimierten Zutrittsmanagements begutachtet und entsprechende Maßnahmen wie Gegensprechanlagen oder Zugangscodes gesetzt werden. Auch müssen analog zum Feueralarm regelmäßig Übungen für weitere Bedrohungslagen an Schulen stattfinden.

8. Flächendeckende Gewaltprävention an allen Wiener Pflichtschulen:

Gewaltprävention darf nicht nur punktuell an einigen wenigen Schulen stattfinden – wie etwa das Projekt „Respekt: Gemeinsam stärker“ an jährlich nur zehn neuen Schulen – sondern muss bei einer Anzahl von 460 Pflichtschulen flächendeckend und mit mehr Tempo an allen Wiener Schulen erfolgen.

9. Einführung von „Fallkonferenzen“ an Wiens Schulen:

Bei Kindern und Jugendlichen mit massiven Auffälligkeiten und Straftatvorwürfen braucht es sogenannte „Fallkonferenzen“, bei denen sich Schulleiter und Lehrkräfte mit Eltern, Schulsozialarbeitern und -psychologen, der Kinder- und Jugendhilfe (MA 11), der Bildungsdirektion sowie mit Polizei und Justiz intensiv vernetzen, um entsprechende Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

10. Entwicklung eines professionellen Prognoseinstruments zur Risikoeinschätzung von Jugendgewalt:

Die Stadt Hamburg hat in Zusammenarbeit mit der Polizei das SAVRY-Screening entwickelt, eine wissenschaftlich fundierte Checkliste mit 24 Risikofaktoren, die beim ersten Kontakt mit einem delinquenten Jugendlichen von 12 bis 18 Jahren vorgenommen wird und zu daraus resultierenden verpflichtenden Maßnahmen führt (z.B. Anti-Gewalt-Trainings).

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 24.6.2025

